

Protokoll des Landesbeirates zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen

Datum: 24.04.2023

Uhrzeit: 15.30 Uhr – 17:35 Uhr

Teilnehmende

Mitglieder

Martina Scheel, Thies Teegen, Andreas Kölln, Thomas Bartels, Christian Sach, Karin Pfeiffer, Janine Kolbig, Anna-Maria Koolwaay, Mathias Krasa, Niels Luithardt, Kerstin Scheinert, Marcus Haß, Danny Knoop, Tanja Speck, Aleksandra Karadeniz, Cortina Bittner, Petra Jütting, Esther Zelenka, Silke Hass, Fritz Bremer, Stefan Jöns, Sandra Fricke Kranz, Maja Hidic

Gäste

Nadine Sierks, Sanja Marie Hagge, Heiner Popken, Mathis Wentz, Barbara Carstensen, Andre Delor, Sonja Steinbach, Ursula Hegger, Lea Hackelberg

1. Begrüßung

Michaela Pries

Michaela Pries begrüßt die Teilnehmer*innen der heutigen Sitzung. Das umfangreiche Schwerpunktthema „Arbeit und Beschäftigung“ wird auf zwei Sitzungen des Landesbeirates aufgeteilt. Heute soll der Bereich „Zukunft der Werkstätten“ betrachtet und diskutiert werden.

2. Schwerpunktthema: Arbeit und Beschäftigung – Teil 1 „Weiterentwicklung der Werkstätten“

Ursula Hegger, Michaela Pries, Kerstin Scheinert, Thies Teegen

Anhand einer Präsentation wird abwechselnd über verschiedene Prozesse auf Landes und Bundesebene zum Thema berichtet. Ergänzende Inhalte zu den folgenden Absätzen können in der Präsentation nachgelesen werden, die dem Protokoll beigefügt ist.

Ursula Hegger führt ausgehend von den Ergebnissen des Workshops des Landesbeirates am 5.10.2022 in das Thema ein.

Hauptfokus des Vortrages ist eine umfassende Information der Mitglieder über den aktuellen Stand der Diskussionen in unterschiedlichsten Prozessen und Gremien. Dazu gehören Prozesse auf Bundes- und Landesebene. Mit der Überarbeitung des SGB IX durch das Bundesteilhabegesetz wurde beschlossen, dass die Werkstätten weiterentwickelt werden sollen. Maßnahmen dazu sind Fördermöglichkeiten wie das Budget für Arbeit und das Budget für Ausbildung. Laut Michaela Pries sind diese Veränderungen bisher noch nicht gut umgesetzt worden. Die Politik wartet außerdem auf Bundesebene auf das Ergebnis des Endberichtes der großen Studie zur Entgeltreform. Dem bisher vorliegenden Zwischenbericht sollen Empfehlungen folgen, wie das Entgelt in Zukunft geregelt wird. Der Bundestag verabschiedete kürzlich außerdem einen Gesetzentwurf zum inklusiven Arbeitsmarkt. Der Bundesrat muss diesem allerdings noch zustimmen. Zudem sind Änderungen der Werkstättenverordnung im Diskussionsprozess.

Auf Landesebene gibt es den Koalitionsvertrag der Landesregierung. Laut den „Absichtserklärungen“ aus dem Koalitionsvertrag möchten CDU und Bündnis 90/Die Grünen die Werkstätten weiterentwickeln. Dazu soll ein Modellprojekt geschaffen werden. Bezüglich der Verhandlungen zum

Landesrahmenvertrag wird berichtet, dass die Verhandlungen zur Modularisierung der Werkstätten gescheitert sind. Die Landesbeauftragte informiert den Landesbeirat darüber, dass in einem weiteren Prozess zur Weiterentwicklung der Werkstätten Gespräche der Landesbeauftragten mit dem Vorstand der LAG der Werkstätten und Kerstin Scheinert stattfinden.

Kerstin Scheinert, Vorsitzende der LAG der Werkstatträte, und Ursula Hegger stellen die Ergebnisse eines Workshops „So wünsche ich mir meine Arbeit“ im Rahmen der Tagung der Werkstatträte im September 2022 vor. Daran nahmen Werkstatträte aus 12 Werkstätten im Land teil. Kernergebnis des Workshops war: „Wir sind mehr, wir wollen mehr, wir können mehr. Die Zukunft ist jetzt!“. Chancen und Möglichkeiten für Beschäftigte sollen größer werden. Werkstätten sollen sich öffnen und inklusiver werden.

Kerstin Scheinert berichtet auch von der „AG Zukunft“ der Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstatträte. Die „AG Zukunft“ beschäftigt sich damit, wie Werkstätten sich künftig verändern sollen. Die Mitglieder setzten sich sehr dafür ein, dass die Werkstätten erhalten bleiben. Außerdem soll es mehr Möglichkeiten für Qualifikationen/ Bildung- und Ausbildung geben. Ein wichtiger Punkt ist, dass die Entlohnung in Werkstätten sich ändern soll. Es soll mehr Geld geben. Außerdem sollte sich der allgemeine Arbeitsmarkt an den Stärken der Beschäftigten orientieren.

Kerstin Scheinert und Thies Tegen präsentieren außerdem die Ergebnisse einer aktuellen Abfrage der LAG der Werkstatträte zur „Zukunft Arbeit“ bei einer Mitgliederversammlung. Es wurde erhoben, was Beschäftigte der Werkstätten sich für die Zukunft wünschen. Zum einen decken sich diese Ergebnisse im Wesentlichen mit dem bisher genannten, daneben ist ein Ergebnis, dass viele Beschäftigte die Werkstatt gerne verlassen würden, wenn es für sie persönlich gute Bedingungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt gäbe.

Auch die AG Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf des Landesbeirates hat Ergebnisse zur Schnittstelle zwischen Leistungen in Tagesförderstätten und Werkstätten erarbeitet. Diese Ergebnisse stellt Ursula Hegger dar.

Michaela Pries berichtet danach, was die Landesbeauftragte alles im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der Werkstätten macht.

Zum Beispiel werden in gemeinsamen Gesprächen mit dem Vorstand der LAG der Werkstatträte und Kerstin Scheinert Themen für sinnvolle und weiterführende strukturelle Veränderungen in WfbM in Schleswig-Holstein gesammelt. Auf Landesebene sollen nach der fachlichen Aufarbeitung der Themen gemeinsame Positionen entwickelt werden. In Zusammenarbeit mit den Ministerien bzw. sozialpolitisch sollen gute strukturelle Rahmenbedingungen entwickelt werden, damit die Wünsche der Beschäftigten an eine Veränderung der WfbM erfüllt werden können. Als erstes Thema wird man vertieft zur Schnittstelle zwischen Tagesförderstätten und Werkstätten arbeiten. Ziel ist, gute Rahmenbedingungen für „Bildung und Teilhabe am Arbeitsleben für alle“ entwickeln zu können.

Auf Nachfrage eines Mitgliedes berichtet Ursula Hegger, dass es derzeit 32 Werkstätten in Schleswig-Holstein mit ca. 244 Betriebstätten gebe. Ein Mitglied merkt an, dass der Fokus der Werkstätten auf die Wirtschaftlichkeit zu groß sei. Kerstin Scheinert sagt, dass die Höhe des Entgelts auch davon abhängen, wieviel die Werkstatt erwirtschaftet. Die Veränderung dieses Systems sei ja in der Diskussion. Ein Mitglied stellt in dem Zusammenhang die Frage, warum man auf Bundesebene noch nichts Wahrnehmbares verändere. Laut Ursula Hegger möchten die Verantwortlichen auf Bundesebene etwas bewegen, dazu werde aber auf die Ergebnisse der Studie zur Entgeltreform gewartet. Im Rahmen dieser Studie wurden neben Befragungen zum Thema Entgeltreform auch eine Befragung zum Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt durchgeführt. Ein Mitglied des

Landesbeirates wünscht sich, dass die Ergebnisse der Studie für die Öffentlichkeit zugänglich dargestellt werden.

Michaela Pries berichtet aus verschiedenen Blickwinkeln zum Thema Werkstätten. Es brauche gute Arbeit für alle. Niemand solle unter seinen Chancen und Möglichkeiten bleiben. Dazu müsse an den Rahmenbedingungen gearbeitet werden. Sie erwähnt die Erfurter Erklärung, die aus einem Treffen mit den Beauftragten der anderen Bundesländer und dem Bundesbeauftragten in Erfurt entstanden ist. Michaela Pries stellt ausdrücklich klar, dass gemäß der Erklärung die Werkstätten nicht abgeschafft werden sollen. Für viele Menschen sei dieser geschützter Rahmen weiterhin sehr wichtig.

Außerdem hat die Landesbeauftragte gemeinsam mit Kerstin Scheinert viele Werkstätten besucht und viele gute Eindrücke und Informationen zu bereits guten Weiterentwicklungen gesammelt. In vielen Werkstätten finden Entwicklungen statt und die Vorstellung, die es häufig von Werkstätten als „Bastelstuben“ gibt, sind inzwischen meist überholt. Bei der Besuchsreise hat es auch Gespräche mit Werkstatträtern und Frauenbeauftragten vor Ort gegeben.

Ursula Hegger berichtet ergänzend von guten Beispielen aus den besuchten Werkstätten. Manche Werkstätten haben eine inklusivere Ausrichtung und einen hohen Grad an Außenarbeitsplätzen. Es bestehen häufig Kooperationen mit Firmen in Gewerbegebieten und flexible Übergänge sind in einem Beispiel zwischen Tagesförderstätte und Werkstatt möglich.

Was ist den Mitgliedern zum Thema wichtig?

Es entwickelt sich eine umfassende Diskussion:

In der Öffentlichkeit gebe es zu viele negative Äußerungen zu den Werkstätten. Viele Mitarbeitende und Beschäftigte seien zudem sehr verunsichert durch eine immer wieder aufkommende Diskussion über die Abschaffung der Werkstätten. Mehrere Mitglieder wünschen sich deshalb eine deutliche, klare und stetige Außendarstellung durch den Landesbeirat und die Landesbeauftragte, die sich Parolen und falschen Vorstellungen entgegenstellt.

Ein weiterer Wunsch ist das Schaffen einer gesellschaftlichen Struktur und Arbeitswelt, die es Menschen mit Behinderungen möglich macht, daran teilzunehmen. Als Idee dazu werden ambulante Werkstätten mit einer dezentralen Organisation genannt. Diese könnten ein Rückzugsort sein, der Sicherheit und Halt bietet. Ein Mitglied äußert zudem die Sorge, dass es durch einen Wechsel auf den allgemeinen Arbeitsmarkt zu Nachteilen für die Beschäftigten kommen kann. Zum Beispiel, dass der frühe Rentenanspruch, den es in der Werkstatt gibt, entfällt. Die Vorteile der Werkstätten sollten nicht wegfallen, sondern auch in Zukunft erhalten bleiben. Es sollte eine intelligente Modernisierung.

Es wird angemerkt, dass der Druck bei den Beschäftigten ein Ausdruck dafür sein könnte, dass der Leistungsdruck des allgemeinen Arbeitsmarktes bis in die Werkstätten wirkt. Sowohl der Arbeitsmarkt als auch die Werkstätten sollten sich öffnen. Dabei müsse auf individuelle Bedürfnisse wie E-Rollstühle eingegangen werden. Ein Mitglied erkundigt sich nach der aktuellen Vermittlungsquote der Werkstätten. Laut Ursula Hegger liege die Vermittlungsquote durchschnittlich bei unter einem Prozent. Die Quote des Werkforums Kiel Wellsee liege aufgrund einer besonders guten Konzeption außergewöhnlich hoch, bei ca. sechs Prozent.

Abschließend berichtet Michaela Pries, was aus ihrer Sicht dabei hilfreich sein könnte, den Weg auf den allgemeinen Arbeitsmarkt zu gehen. Besonders wichtig sei, von den Wünschen der Beschäftigten auszugehen und Zutrauen in die Ressourcen der Beschäftigten zu haben. Dazu gehöre auch, dass Angehörige und rechtliche Betreuer*innen lernen sollten, auch loslassen zu können und den Beschäftigten die Chance geben, eigene Erfahrungen, ev. auch negative zu machen. Sie äußert den

Wunsch, dass familiäre Abhängigkeitsverhältnisse durch ein gutes System und Veränderungen im Denken der Menschen aufgelöst werden könnten und weist auf die Grundlage der „unterstützten Entscheidungsfindung“ im Betreuungsrecht hin. Ein Mitglied regt in dem Zusammenhang Fortbildungs- und Beratungsangebote für Angehörige an, damit diese konstruktiver im Prozess mitwirken können.

Es wird noch darauf hingewiesen, dass Werkstätten mit den Anforderungen von Weiterentwicklungen nicht überfordert werden sollten und in Zielkonflikte geraten.

Pause

17:00-17:15

3. Vorstellung des Projektes von ZSL e. V. „Meine Rechte durchsetzen!“

Heiner Popken, Mathis Wentz

Heiner Popken und Mathis Wentz vom Zentrum für Selbstbestimmtes Leben e.V. stellen das Projekt „Meine Rechte durchsetzen!“ vor. Heiner Popken ist Rechtsanwalt, Peer counselor und ehemaliger Peer-Berater einer EUTB. Mathis Wentz ist für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig und platziert das Projekt in den sozialen Medien. In der Sitzung wird eine Präsentation zum Projekt gezeigt und das Projekt und die rechtlichen Zusammenhänge erklärt. Ergänzend wird ein Beispiel vorgestellt. ZSL kann nach Ablehnung eines Bescheides und des Widerspruches (zum Beispiel für eine persönliche Assistenz) für den betroffenen Menschen stellvertretend Klage im Rahmen des Verbandsklagerechtes einreichen. Dazu müssen Rechte nach dem SGB IX betroffen sein. Das Projekt ist eine Alternative zu dem teuren Beauftragen eines Rechtsanwalts. Für die Betroffenen selbst entstehen so keine Kosten. Es geht ZsL als Ziel um das Verbinden von Peer-Beratung mit Rechtsschutz und darum, langfristig regional und überregional eine „Kontrollinstanz“ insbesondere für die Leistungsträger der Eingliederungshilfe einzurichten.

Zusätzlich gibt es einen Arbeitskreis, in den sich Selbstvertretungsorganisationen einbringen können. Ziel ist, dass Selbstvertretungsorganisationen selbst befähigt werden, eine Verbandsklage einzureichen. Mitglieder des Landesbeirates können sich gerne zur Mitarbeit per Mail an Heiner Popken wenden und erhalten dann eine Einladung zum Arbeitskreis.

4. Aktuelles

Zu diesem Tagesordnungspunkt kann aus zeitlichen Gründen keine Befassung mehr in der Sitzung stattfinden. Daher schlägt Michaela Pries vor, die folgenden Ausführungen dem Protokoll schriftlich hinzuzufügen. Die Mitglieder erklären sich mit diesem Vorgehen einverstanden.

- Informationen zur Anhörung „Gesundheitliche Versorgung von Menschen mit Behinderungen“
Durch die Initiative der Landesbeauftragten zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung von Menschen mit Behinderungen in Schleswig-Holstein befasst sich der Sozialausschuss des Landtags intensiv mit dem Thema. Es liegen 2 Anträge aus den Fraktionen dazu vor:
 - Gesundheitsversorgung von Menschen mit Behinderungen verbessern Antrag der Fraktionen von SPD und SSW Drucksache 20/383 (neu)
 - Stärkung der Inklusion in der medizinischen Regelversorgung Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/461Neben vielen anderen wurde auch die Landesbeauftragte um eine Stellungnahme zu den Anträgen gebeten.

➤ Deutsches Inklusionszentrum

Im Januar 2023 hat der Aufbau des Deutschen Inklusionszentrums in Kiel begonnen. Eine Aufgabe des Deutschen Inklusionszentrums ist die Entwicklung und Umsetzung von Ausbildungen für Menschen, die derzeit in Werkstätten für behinderte Menschen arbeiten. Es soll damit ein gesicherter Übergang von der Werkstatt auf den allgemeinen Arbeitsmarkt geschaffen werden. Hannah Schröder ist die Projektleiterin. Sie möchte die Erfahrungen und das Wissen der Mitglieder des Landesbeirats gerne für das Vorhaben nutzen. Dazu wird sie das Deutsche Inklusionszentrum in einer Sitzung des Landesbeirats vorstellen und in den Austausch gehen.

➤ Landesaktionsplan: Einführung Online Datenbank

Im Mai 2023 wird es eine Online-Datenbank zum Focus-Landesaktionsplan in Schleswig-Holstein geben. Mitglieder des Landesbeirats haben zur Schaffung der notwendigen Barrierefreiheit an der Entwicklung mitgearbeitet. Damit kann der Umsetzungsstand der Maßnahmen von allen Menschen genau verfolgt werden. Die Online-Datenbank soll noch weiterentwickelt werden und zu einer Austauschplattform werden.

➤ Mobilität: Termin Verkehrsministerium und NAH-SH

Die Landesbeauftragte hat sich erneut mit dem Staatssekretär im Verkehrsministerium und Vertretern von NAH-SH getroffen. Folgende Themen hat die Landesbeauftragte unter anderem angesprochen:

- Verschiedene Zuständigkeiten dürfen nicht dazu führen, dass ein Aufzug an einem Bahnhof lange Zeit nicht funktioniert (Beispiel Husum).
- Häufig ist der sogenannte Schienenersatzverkehr nicht barrierefrei.
- Die Barrierefreiheit von Bushaltestellen ist noch nicht zufriedenstellend umgesetzt.
- Nahverkehrspläne müssen zukünftig besser auf Barrierefreiheit geprüft werden.

Das Ministerium und NAH-SH haben erklärt, dass sie die Situation verbessern wollen und im Gespräch bereits erste konkrete Vorschläge zum weiteren Vorgehen gemacht. Für das Jahr 2024 plant das Ministerium zu diesem Thema auch eine große Veranstaltung.

➤ Bericht aus der AG 33:

Im Rahmen der AG 33 des Landespräventionsrates wird eine Maßnahme aus dem Landesaktionsplan (LAP 2.0) bearbeitet. Die Handlungsleitlinien zur sexuellen Selbstbestimmung und zum Schutz vor sexueller Gewalt für Menschen mit Behinderungen von 2019 sollen evaluiert werden. Dazu wird es im Sommer eine große Umfrage im Land in den Leistungsangeboten der Eingliederungshilfe geben. Die Befragung findet durch die Firma NUEVA zum großen Teil in Form von Peer to Peer Befragungen statt. Es soll auch eine Möglichkeit geben, online einen Fragebogen auszufüllen. Damit es gute Ergebnisse gibt, sollten sich viele Betroffene an der Umfrage beteiligen. Die Bewohnerbeiräte, die Werkstatträte und die Frauenbeauftragten werden gebeten, für die Umfrage Werbung zu machen. Ansprechpartnerin ist Ursula Hegger. Sie wird weiter über die Umfrage informieren.

5. Verschiedenes

Da die Tagesordnungspunkte zwei und drei viel Zeit in Anspruch genommen haben, entfallen die letzten beiden Punkte. Michaela Pries bedankt sich für die heutige Sitzung, schließt diese und wünscht einen schönen Abend.

Die nächste Sitzung findet am 10.07.2023 statt. Dann wird der zweite Teil des Schwerpunktthemas Arbeit und Beschäftigung „Allgemeiner Arbeitsmarkt und Bildungsangebote“ besprochen.